

Antrag

**der Abgeordneten Mehmet Yildiz, Christiane Schneider, Cansu Özdemir,
Dora Heyenn, Kersten Artus, Heike Sudmann, Tim Golke
und Norbert Hackbusch (DIE LINKE)**

Betr.: Sofortige Einstellung der Verhandlungen zu einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Mitnutzung der Einrichtung Nostorf/Horst

Die Unterkunft Nostorf/Horst machte in den zurückliegenden Jahren in den Medien viel von sich reden, Im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik standen verschiedene Aspekte. Genannt seien erstens die große Entfernung der Sammelunterkunft von Hamburg (60 Kilometer), zu der keine regelmäßige Busverbindung existiert, sodass die Asylbewerber/-innen in ihrer Freiheit und Mobilität stark eingeschränkt sind und von der Außenwelt abgeschottet leben müssen; zweitens die schlechten, für die Asylbewerber und Flüchtlinge unzumutbaren Bedingungen in der Unterkunft Nostorf/Horst; drittens die Unterbringung von Schwangeren und schließlich von schulpflichtigen Kindern, die dort von ihrem Recht auf Bildung nicht Gebrauch machen können.

In den politischen Auseinandersetzungen zwischen den in der Bürgerschaft vertretenen Parteien konnte ein Konsens darüber erzielt werden, dass der Mitnutzungsvertrag nicht mehr verlängert und Hamburger Asylbewerber und Flüchtlinge nach Ablauf des Vertrages in Hamburg untergebracht werden sollen. Einigkeit herrschte auch darüber, dass Familien mit Kindern und Schwangere sofort in eine Unterkunft in Hamburg verlegt werden.

Dass der SPD-Senat jetzt Verhandlungen mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern über eine neue Verwaltungsvereinbarung führt, bedeutet einen Rückfall hinter den erzielten Konsens. Zudem hat sich aus den zwei Schriftlichen Kleinen Anfragen (Drs. 20/2424, 20/1469) vom September und November 2011 ergeben, dass die Zahl der schulpflichtigen Kinder von 27 auf 48 gestiegen ist. Dies ist eine grobe Vernachlässigung des Rechts auf Bildung, das unabhängig vom Aufenthaltsstatus allen Kindern zusteht.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, dass der Senat Familien mit Kindern und Schwangere unverzüglich nach Hamburg holt, die Verhandlungen zur Verwaltungsvereinbarung zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Mitnutzung der Einrichtung Nostorf/Horst sofort einstellt und eine alternative nachhaltige Lösung erarbeitet.

Der Senat wird aufgefordert:

1. Der Senat möge alle Familien mit Kindern unverzüglich in eine Einrichtung in Hamburg verlegen.
2. Der Senat möge alle Schwangeren unverzüglich in eine Einrichtung in Hamburg verlegen.

3. Der Senat möge die Verhandlungen zu einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Mitnutzung der Einrichtung Nostorf/Horst einstellen.
4. Der Senat möge spätestens zum 30. Juni 2012 der Bürgerschaft einen Bericht erstatten.